

Kunstliches Angelegenheitsblatt für Damen.
 Angelegenheitsblatt für den Raum der einpaltigen Elementar-
 zeile 1 Mark, bei 2-paltigen Angelegen 50 Pf. Beilagen-
 zeile 5 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe
 unserer Inseratsbedingungen. Verlag
 Zeitung G. m. b. H. für die Redaktionen verantwortlich
 C. Schubert, Bremen.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der culligenden Bedingungen. Erscheint
täglich. Monatlicher Bezugspreis 2 Mk., durch die Post
bezogen vierteljährlich 8 Mk. Falls wir in der Herausgabe
oder Zurechnung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezueher
keinen Anspruch auf Ersatz.

50. Jahrgang

(Sitzung vom 18. Juni.)

eine bestimmte Zahl geschlossener Formationen aufrecht erhalten. Davon werden wir uns nicht abbringen lassen. (Beifall.) Die Situation in der Schutz erfüllt mit ersten Beforgnissen. Ich bitte alle politischen Parteien, in den nächsten schweren Wochen und Monaten nach besten Kräften dazu beizutragen, das die Polizei möglichst wenig einzuzureiten braucht. Während des Krieges ist Blut genug geflossen. Ich werde in den nächsten Tagen ein Verbot erlassen, für die Schutzmannschaften, das sich auf die Ungliederung an den Verband nationalgeheimer Soldaten bezieht. (Beifall links.) Aus einer Proclamation des Verbandes geht hervor, daß er den Ansturz erstrebt. Hätte man in Königberg meiner Bitte Folge geleistet, hätte man auf eine Kinderparade verzichtet, so hätte man zwei Hundertschaften Polizei mehr gehabt und die Zwischenfälle wären vermieden worden. Regimentsvereinsparaden sind geeignet, den Bestand der Republik zu erschüttern. — Abg. **Martins** (Nachb.) verlangte Bezeichnung der Technischen Hochschule. Aus den Feiern, wie der Hindenburgfeier, schlagen die Deutschnationalen nur politische Kapital. Die Rechte hat das Haus verfallen. — Abg. Dr. **Berndt-Stettin** (Dem.): Die Reorganisation der Verwaltung auf demokratischer Grundlage ist unsere wichtigste Aufgabe. Die Absicht des Staatrates, sich als Oberhaus auszubauen, widerspricht dem Geiste der demokratischen Verfassung. A ginents'eiern und dergleichen richten sich letzten Endes nur gegen die jetzige Staatsform. Die Folgen solcher Kundgebungen muß immer das Volk tragen. In Preußen richtet sich die Opposition gegen den Staat, und das ist das Gefährliche an ihr.

Nächste Sitzung: Montag.

letzte Sonnabend die Aussprache zum Haushalts des Ministeriums des Innern fort. Als letzter Redner der ersten Rednerreihe sprach für die Demokraten Abg. Dominicus. Er wünscht den weiteren Ausbau der Reichsfinanzen. Die Klagen der Beamten wegen Zurechtlegung infolge ihrer politischen Gefinnung müssen endlich aufhören. Der Redner fand das Zusammenhalten aller Kriegsteilnehmer durch Regimentsfeiern verständlich, warnt aber vor ihrer parteipolitischen Ausnützung. Für den Besuch Hindenburgs in Ostpreußen müßte man besonders wegen seiner großen Verdienste um die Rettung dieses östlichen Teiles unsere Vaterlandes vor den Russen volles Verständnis haben. Die Nachprüfung der Vorgänge bei der Feier würde der Reichsminister wohl selbst zu vornehmen. Zum Schluß fand der demokratische Redner warme Worte für die Lage der widerrechtlich besetzten deutschen Städte. Was es im Hause bisher ruhig hergegangen, so brachte eine heftige Attacke des sozialdemokratischen Abg. Limberg gegen die Deutschnationalen, gegen die rechtsbolschewistische Agitation eine starke Erregung ins Haus hinein. Als der Redner den Hindenburgbesuch kritisierte, erlangten starke Zwischenrufe und lärmende Unterbrechungen. Mit der Androhung, die Arbeiter würden zur Selbsthilfe greifen, wenn die Rechte ihre Sabotage fortsetze, schloß der Redner. Wesentlich andere Töne hörte man von dem Zentrumsgewählten Dr. Heß. Waren seine Darlegungen ebenfalls an die Abreise der äußersten Rechten gerichtet, so wußte der geschätzte Centrumsmann doch das Interesse des Hauses ganz anders zu fesseln. Gegen seine scharfe Kritik über eine Antikaiserlie im „Tag“ wurden nur schwache Proteste laut. Dr. Heß behandelte auch die Besetzung der Stellen in den Ministerien, wo noch immer der reaktionäre Geist Triumpf feiert. Die alten Beamten, die der neue Geist beibehalten habe, beachteten nicht einmal die Forderungen, die man als geringste an sie zu stellen habe. Sich dem neuen Staat gegenüber, der ihre Existenz gesichert hat, ruhig zu verhalten. Im Gegenteil, immer mehr würde gerade von dieser Seite die Republik diskreditiert und im günstigen Falle durch passive Resistenz die Durchführung der Anordnungen der höchsten Stellen erschwert. — Abg. Lüdke (D.N.) erwiderte, seine Partei sei nicht gewillt, deutsch-nationale Landräte, die sich Unterschlagungen auszubedenken ließen, zu verteidigen. Von einer Untergrabung der Staatsautorität seitens der Deutschnationalen könne keine Rede sein. Die Zwangsbewirtschaftung des Wohnungswesens hält Redner für eine Quelle schwerster Korruption. — Abg. Wegert (D. Vp.) gibt zu, anfänglich einer Gedenkfeier an die Lagerattentate im Julius Büsch, die Novemberatropen als Schweine bezeichnet zu haben. In der Volkskammer habe man die Versammlung aber in ganz ungerechtfertigter Weise heruntergesetzt. Man habe dem vollgezeigten Mäurer geschrien. (Unhaltende lärmende Unterbrechungen bei den sozialistischen Parteien.) Bedeutend stimme, wenn sich die Kommunisten hier so warm für ein Grabdenkmal einsetzten. Er hole, daß sich die Schupo zu einer festen Stütze von Ruhe und Ordnung entwickelte.

Der Reichsrath stimmte mit großer Mehrheit (40 gegen 16) der Getreidemlage zu. Er stellte sich auf den Standpunkt der Regierung, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Brotversorgung allein zu sichern sei auf dem Wege der Umlage. Der Gesetzentwurf hat jedoch gegenüber dem vorjährigen Gesetz wesentliche Aenderungen erfahren, indem auf Grund der vorjährigen Erfahrungen mancherlei Härten ausgeglichen wurden und in manchen Punkten der Landwirtschaft Entgegenkommen gezeigt wurde. So ist vor allem vorgeesehen, daß die Länder bei der Festsetzung des Pflanzsolls auch die sonstige landwirtschaftlich genutzte Fläche einbeziehen können, wobei bis zu 5 Hektar freibleiben sollen. Der Kreis der vorzugsberechtigten Bevölkerung ist durch Auschluss der vermögenden Bevölkerungseile beschränkt worden. Weiter wurden vor allem in den Richtlinien für die Ober- und Unterverteilung der Umlage Gesichtspunkte aufgenommen, die eine gerechtere Verteilung sichern sollen. Auch ist die Zuziehung von Vertretern der Landwirtschaft und der Verbraucher bei der Verteilung vorgeesehen. — Mit Ja stimmten das preussische Staatsministerium, die Vertreter der Stadt Berlin, von Bayern, Sachsen, Baden, Thüringen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Bremen, Lippe, Albed, Waldeck und Schaumburg-Lippe. Mit Nein stimmten die Vertreter von Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Westpreußen, Posen, Niederschlesien, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, der Rheinprovinz, Hessen-Nassau und Württemberg.

Aus dem Reichsernährungsministerium wird anlässlich der Gesetzesvorlage über die Getreidemenge geschrieben: „Der Sturz der Markt hat auf das Gebiet der Getreideversorgung verhängnisvoll gewirkt. Die Preise für Auslandsweizen liegen von rund 5000 Mark am 16. August 1921 bis auf 18000 Mark und schwanken im Mai zwischen 14000 und 15000 Mark. Aber auch die Preise des Inlandsgetreides stiegen sich während des letzten starken Sinkens der Markt im Februar 1922 dem Preise für das Auslandsgetreide so gut wie völlig an, so daß für die Tonne Weizen sich Anfang Mai 1922 ein Preis von 14200 Mark ergeben hat. Nach der Lage der Verhältnisse wird auch in der bevorstehenden Zeit mit einer wesentlichen Senkung dieser Preise oder auch einer Stabilisierung mit hinreichender Sicherheit nicht gerechnet werden können. Erfordernis einer geordneten Volkswirtschaft ist aber ein erschütternder Brotpreis. Während der Brotpreis im allgemeinen bis zum 19. Februar 7 Mark für das 1900-Grann-Markendrot in Deutschland betragen hat, ist er nach diesem Zeitpunkt infolge der notwendigen Erhöhung der Uebernahmepreise der Reichsgetreidesie auf ungefähr das Doppelte gestiegen. Die öffentliche Vorkversorgung der Bevölkerung im bisherigen Umfang erfordert insgesamt rund 4½ Millionen Tonnen. Da eine Bekämpfung der Einfuhr aus dem Ausland bei der Finanz

lage des Reiches und mit Rücksicht auf die Notwendigkeit eines erträglichen Brotpreises unmöglich ist, muß die Umlage in der gleichen Höhe wie im Vorjahre eingefordert werden. Die Grundbäse, nach denen Markenbrot an die Minderbemittelten verteilt werden soll, werden durch das Reichsernährungsministerium im Verein mit dem Finanzministerium unter Zustimmung des Reichsrats festgesetzt werden."

Die Wähler betrachten die durch den Gesegnetenwurf über die Getreidemlage gestaffelte politische Lage als außerordentlich kritisch, da eine Mehrheit im Reichstage für eine Umlage sehr zweifelhaft ist und die Sozialdemokraten kategorisch erklären, daß sie bei der Ablehnung des Gesegnetenwurfes aus dem Kabinettt ausscheiden und in die entscheidende Opposition übergehen würden. Für den Fall der Ablehnung der Umlage rechnen die Sozialdemokraten mit der Reichstagsauflösung und Neuwahlen, die, wie sie durchblicken lassen, ihnen aus parteipolitischen Gründen gar nicht so unangenehm sein würden, weil eine bessere Wahlparole als gegen den Brotvucher es für sie kaum geben würde.

Der „Tamps“-Korrespondent im Haag schreibt: Die Berathung der Sadowpaulinigen ist bis zum Montagabend verlegt worden. Bis zu diesem Tage wissen die verschiedenen Abordnungen bekanntheit, ob ihre Repräsentanten in der Conferenzkommission vertreten sein werden und an den Beratungen theilnehmen wollen, oder ob sie sich damit begnügen wollen, diesen als einfache Beobachter zu folgen. Da nach dem Protokoll von Genoa bis zum 20. d. M. der russische Regierung eine Mitteilung zugehen muß, und da am 26. d. M. die russischen Delegirten an den Konferenzberatungen theilnehmen werden, wird die Vorberathung der sadowpaulinigen bis dahin ihren Hock nicht erfüllen können. Unter dem Einfluß der englischen Vorordnung macht sich die Meinung bemerkbar, die Konferenz nur als Studien- und Untersuchungskommission zu betrachten. Man glaubt infolgedessen, daß die politischen Fragen nicht verhandelt werden sollen, und daß auch die allgemeinen Grundsätze, die sich auf die Lösung der gar Verwickelten stehenden Fragen beziehen, nicht behandelt werden sollen. Frankreich weiß heute noch nicht, ob es bis zum 20. Juni, wie nach dem Genfer Protokoll tun müßte, ja oder nein sagen soll, ob es mit den Russen verhandeln will. Wahrscheinlich hängt alles von dem Bedarf der Befriedigungen zwischen Potemczee und Lloyd George ab. Ob man Frankreich die Auskunft zufügt, daß es an der Konferenz in der Rolle eines Beobachters theilnehmen könnte, muß durchaus fraglich erscheinen. Frankreich wird klar zu sagen haben, ob es verhandeln will oder nicht. Im letzten Falle dürfte die übrigen Mächte kaum den Wunsch haben, Frankreich als Beobachter unter sich zu wissen.

Auf ein vom Reichsbeschauamtsrat vor einiger Zeit an den Reichsverband der deutschen Industrie, den Handels- und Wandelplatz und sonstige Handelsvertretungen gerichteten Schreiben über die Grundzüge der Tarif- und Beschauamtsrat seines Ministeriums hinwinkt der Reichsverband der deutschen Industrie eingehend geantwortet. Die Antwort geht davon aus, daß bei aller Anerkennung der Notwendigkeit der Steigerung der Gütemengen durch angemessene Erhöhung der Tarife doch die Ausdehnung des Handels der Eigenschaft in erster Reihe durch eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit, durch eine wirtschaftlichere Organisation der Gesamtverwertung und Hand in Hand damit durch Ersparnisse jeder Art angestrebt werden muß. Nach Ansicht des Reichsverbandes liegt das Schreiben des Ministers diesen Punkten keine ausreichende Bedeutung bei; es übersehe namentlich, daß nach dem Urteil verschiedener Sachverständige die künftige Betriebsfestigkeit mit einem um etwa 300 000 Köpfe geringeren Personal ebenfalls erzielt werden könnte.

Der Reichsverband bezieht sich auf die Inverkehrsetzung der vom Minister verwandten Statistiken, wonach die von ihm vorgenommene Tarifserhebung wesentlich hinter der allgemeinen Geldentwertung zurückgeblieben seien. Es werden einige Beispiele angeführt, die zeigen sollen, daß die Tarifserhöhungen der beiderseitigen Güter bei weitem übertraffen hätten. So seien Baumwollgarne bis auf das 200fache, die Eisenfahrten bis auf das 327fache der Vorkriegspreise gestiegen, während die Preise von Baumwolle und Eisen etwa das 100fache der Vorkriegspreise ausmachten. Den Hinweis des Ministers, daß die Preispolitik der Rahn von der Industrie ebenfalls, und zwar ohne jede Rücksicht, verfaßt worden sei, glaubt der Reichsverband dadurch unrichtig zu machen, daß er auf die Unterschiede der Preisbildung des freien Handels und des Monopolvertriebes aufmerksam macht. Die Verbundindustrie habe auf den Wettbewerb des Inlandes und des Auslandes wie auch auf die Konstellation ihrer inneren Märkte zu nehmen. Dabei scheint allerdings nicht genügend beachtet zu werden, daß zum mindesten der Preisvertrieb des Auslandes die Preisgestaltung unserer inländischen Erzeugnisse in den letzten Jahren nur in sehr geringem Umfange beeinflusst hat.

Angewiesen wird auf die Behandlung des Ministeriums, daß der Verzeß durch die Tarifeichthungen in keiner Weise zurückgehungen ist. Der Gegenstand wird zwar zahlmäßig nicht angetreten, dafür aber auf die Gefahr aufmerksam gemacht, daß durch die ständigen und unversöhnlichen hohen Tarifeichthungen ganze Industriezweige zu Grunde kommen könnten. Um ein endgültiges Urteil über die Seigniorien der Reichsbank hinsichtlich der Währungsstellung zu kommen, verlangt der Reichs-

verband eine Gegenüberstellung der Zahlen der Wagenge-
stellung mit den Zahlen der aufgeführten Wagen. Er
Vergleich mit den Zahlen des Jahres 1913 ergab ebenfalls,
daß die Wagengestellung in den beiden letzten Jahren um 40
bis 50 v. H. hinter der des Jahres 1913 zurückgeblieben sei.
Erst wenn die Ergebnisse des kommenden nächsten Jahres
vorliegen, sei eine Feststellung möglich, ob und in welchem
Umfange die Reichsbahn ihre Betriebsgeschwierigkeiten über-
winden habe. Das Schreiben weist dann noch auf die sich
verfälschende kritische Lage der deutschen Wirtschaft hin
und bezeichnet als die Lösung der nächsten Zukunft die Besserung
der Selbstkosten und Erzielung der größtmöglichen
Wirtschaftlichkeit. Die Industrie und die gesamte aus-
getragene Bevölkerung erwartete, daß sich die
Wirtschaft der Förderung der Stunde nicht verschleppen werde.

(TU) Die erste Zone des an Polen fallenden Gebietes von Oberschlesien ist am Sonntag in der vorgesehenen Weise geräumt worden. Im Stadt- und Landkreis Kattowitz wurde die Abstimmungspolizei herangezogen und die neue polnische Polizei mit starken, zum Teil berittenen Kräften in den Dienst gestellt. Die Besatzungskorpsen sind noch da, stehen schon in Bereitschaft und werden bald die Zone verlassen. Gleichzeitig wird vom interalliierten Kreiskontrollleur die Gewalt an die Zivilbehörden übergeben werden. Die Uebergabe der in den an Polen abzureichenden Gebietssteile liegenden Eisenbahnen ist namentlich zwischen der deutschen Eisenbahndirektion Kattowitz und der polnischen Staatsbahnverwaltung vollzogen worden.

teilst mit: Donnerstag wurde in Leipzig eine Betriebsrätekonzferenz für den mitteldeutschen Bergbau abgehalten, die zu den gewinnmäßig schwebenden Lohn- und Tariffragen Stellung nahm. Sie forderte 75% Lohnerhöhung für Mitteldeutschland und den Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft. Es wurde beschlossen, die Kameras der des Ruhrbezirktes telegraphisch aufzufordern, das vorliegende Lohnabkommen sowie das Ueberstundenabkommen und den Schiedspruch für den Elementarif abzulehnen. Auch plant man, eine größere wilde Betriebsrätekonzferenz nach Hannover einzuberufen. Dieses gegen jede gewerkschaftliche Uebungen verstoßende Vorgehen einiger Betriebsräte ist angesichts der gespannten Lage im Bergbau nicht nur bedenklich, sondern außerordentlich schädlich. Durch solche Sonderveranstaltungen erschweren die Betriebsräte sich nur selbst die Durchsühnung den ihnen zugewiesenen Arbeiten. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands steht dieser Konferenz vollständig fern und erklärt, daß über die schwebenden Fragen allein die zuständigen Organisationsinstanzen entscheiden.

Die vom Bergarbeiterverband nach Röhren
einberufene Konferenz der Betriebsräte im
Kohlenbergbau für den Halle'schen Bezirk
hat beschlossen, den kürzlich in Berlin gefällten
Schiedsspruch anzunehmen.

(TU) In Leipzig, wo heute der Kongreß der freien Gewerkschaften beginnt, waren am gestrigen Sonntag 62 Vertreter von 13 Beamtendebänden versammelt, um einen Allgemeinen Deutschen Beamtendbund, nach dem Vorbild des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, zu gründen. Da es sich bei diesen 13 Verbänden, die bisher dem Deutschen Beamtendbund angeschlossen waren, im wesentlichen um die Verbände handelt, die in einem ausgesprochenen Gegensatz zu dem Beamtendbunde dieser Spitzenorganisation steht, so ist durch die Neugründung die Spaltung des Deutschen Beamtendbundes vollzogen. Man kann als den hauptsächlichsten Grund für die Spaltung die grundsätzlich verschiedenen Auffassungen über das Streikrecht der Beamten annehmen. Die Neugewerkschaft, die unter der Führung der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -Amatiers steht, wird am Montag in der Eröffnungssitzung des Kongresses erscheinen und ihren Ausschluß aus dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vollziehen. Die Leitung des Deutschen Beamtendbundes hat in einer scharfen Erklärung den von den 13 Verbänden unternommenen Schritt mißbilligt. Sie sieht in ihm einen Disziplinbruch, weil er ohne vorherige Stellungnahme mit ihr unternommen worden ist.

Auf der Schiffahrt in Danzig ließ in Gegenwart des Präsidenten Heineken, des Generaldirektors Einmüthig und einer Tausendköpfigen Aufsehermenge der Schiffahrt und Frachtdampfer „Columbus“ auf der Schiffahrt, der für den Nord-Ostsee erbaut wurde, vom Stapel.

Die Mehrblätter berichten, es treffen täglich Tausende von Deutschen ein, die für die Fremdenlegation geworben wurden. Nach den Berichten handelt es sich um junge Leute.

Der spanische Winterall beschloß den endgültigen Abbruch der militärischen Operationen in Marokko und die Einstellung einer Zivil-Schiffahrt.



Unterhaltungs-Beilage
der Kamener Zeitung für Stadt und Land

Die heimlich Vermählten.

Roman von H. Courths-Mahler.

8. Fortsetzung.

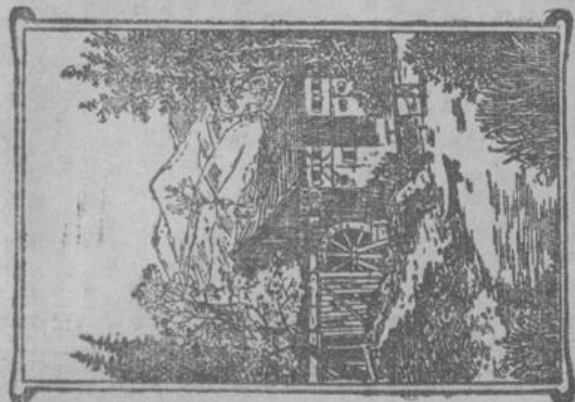
Über dann drängte er selbst, daß Traude in den Saal zurückgehen sollte, damit ihre Abwesenheit nicht auffiel.

„Mein Vater darf nicht den geringsten Verdacht hegen, daß du dich in den Saal zurückgehst, um mich zu sehen.“

„Ich werde dir möglichst fern bleiben, nur ein einziges Mal muß ich mit dir tanzen, Traude, das muß ich tun.“

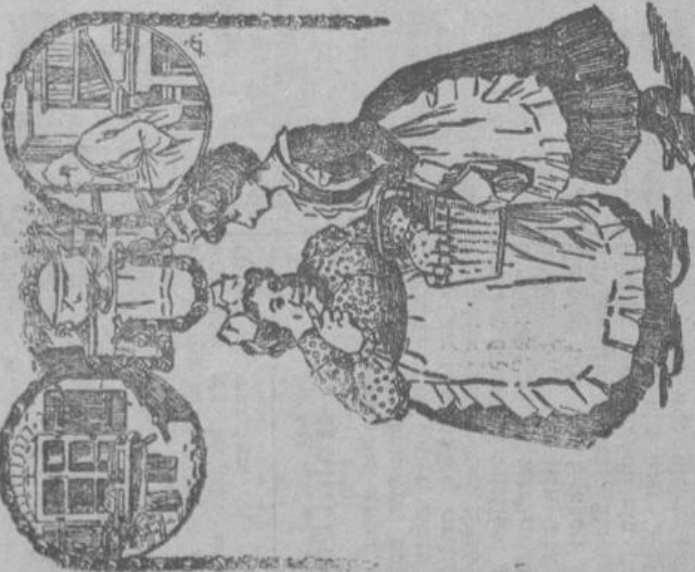
„Und wenn du heimkommst, sage deiner Mutter alles, bringe es ihr beizubringen bei, daß sie nicht erschrickt.“

Unterbild.



Wo ist der Eigentümer?

Unterbild.



Wo ist der Eigentümer?

„Das ist sehr unrecht von Ihnen, ich habe Sie schon so manches Mal belästigt lassen.“

„Dann, ich! Schon einmal hat mein Stiefvater in Ihrem Hause gestanden!“

„Dann, ich! Schon einmal hat mein Stiefvater in Ihrem Hause gestanden!“

„Dann, ich! Schon einmal hat mein Stiefvater in Ihrem Hause gestanden!“

„Dann, ich! Schon einmal hat mein Stiefvater in Ihrem Hause gestanden!“

„Dann, ich! Schon einmal hat mein Stiefvater in Ihrem Hause gestanden!“

„Dann, ich! Schon einmal hat mein Stiefvater in Ihrem Hause gestanden!“

„Dann, ich! Schon einmal hat mein Stiefvater in Ihrem Hause gestanden!“

„Dann, ich! Schon einmal hat mein Stiefvater in Ihrem Hause gestanden!“

„Dann, ich! Schon einmal hat mein Stiefvater in Ihrem Hause gestanden!“

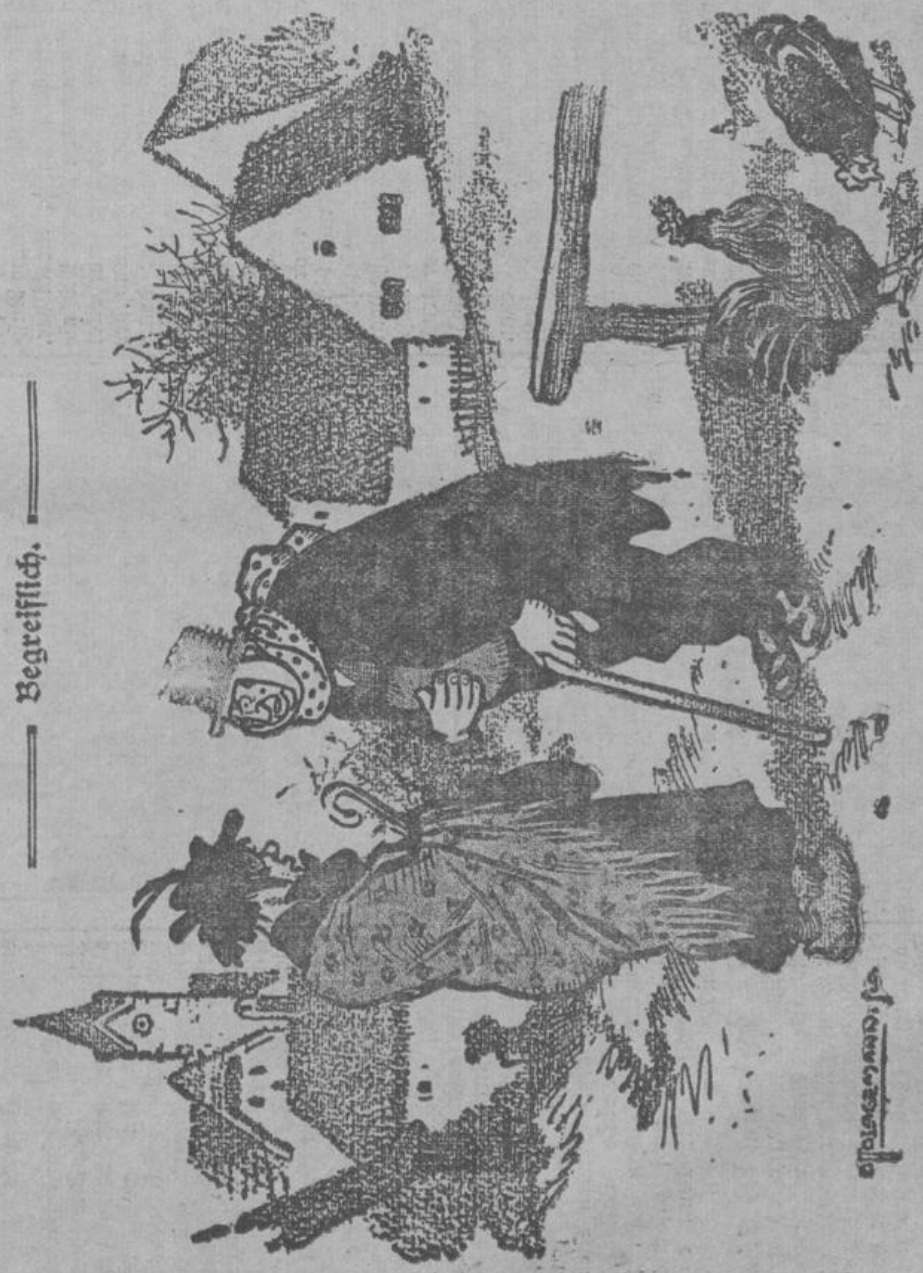
„Dann, ich! Schon einmal hat mein Stiefvater in Ihrem Hause gestanden!“

„Dann, ich! Schon einmal hat mein Stiefvater in Ihrem Hause gestanden!“

„Dann, ich! Schon einmal hat mein Stiefvater in Ihrem Hause gestanden!“

„Dann, ich! Schon einmal hat mein Stiefvater in Ihrem Hause gestanden!“

„Dann, ich! Schon einmal hat mein Stiefvater in Ihrem Hause gestanden!“



Wo ist der Eigentümer?

